

6. Tischrede beim Oldenburger Frauenmahl zum Reformationstag 2012

Dagmar Sachse, Sozialdezernentin der Stadt Oldenburg
Verantwortung und gerechte Verteilung des Wohlstandes in unserer Gesellschaft.

Gerecht war gestern

Mehr Arme und mehr Millionäre: In Deutschland wächst die Ungleichheit – ist der Trend noch zu stoppen?

So war vor kurzem ein Artikel in der Zeit überschrieben. Die soziale Ungleichheit in Deutschland beschäftigt mich nicht nur in meiner Funktion als Sozialdezernentin der Stadt Oldenburg. Es ist ein Thema oder genauer gesagt eine schwerwiegende Frage, die mich persönlich sehr berührt und die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Nicht nur in Oldenburg sondern in der gesamten Republik leben Kinder an der Armutsgrenze bzw. sind bedingt durch die schwierigen Problemlagen ihrer Familien auch Bezieher von Transferleistungen. Damit werden sie auf unterschiedliche Weise ausgegrenzt. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eingeschränkt.

Ebenso nimmt die Zahl der Seniorinnen und Senioren zu, die mit Ihrer Rente keinen „wohlverdienten Ruhestand“ erleben können.

Auf der anderen Seite erleben wir, dass es Menschen gibt, die über sehr hohe Einkommen verfügen, die wirklich ein Luxusleben führen.

Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes und die damit verbundene Armutproblematik in unserer Gesellschaft wäre vermutlich allein schon ein abendfüllendes Thema.

Mich beschäftigt jedoch seit einiger Zeit eine damit verbundene tiefere Dimension.

Die Höhe des Einkommens hängt in unserer Gesellschaft maßgeblich davon ab, welche Ausbildungen wir haben und welche Bedeutung den Berufen beigemessen wird, denen die Menschen nachgehen.

Ärztinnen und Ärzte verfügen beispielsweise über eine hohe Reputation und haben entsprechend hohe Einkommen. Krankenschwestern hingegen erhalten deutlich weniger Gehalt, obwohl sie sich sehr für das Wohl der Patientinnen und Patienten engagieren. Diese Differenz begründet sich durch die unterschiedlichen Qualifikationen und die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten in diesem Tätigkeitsfeld. Dies, so habe ich es in meiner bisherigen Berufsbiographie erlebt, hatte einen gesellschaftlichen Konsens.

Neuerdings erhält der Begriff „Verantwortung“ in der Arbeit aber eine neue Dimension. Im Rahmen der öffentlichen Debatte um wirtschaftliche Krisen in der Welt, in Europa und in Deutschland werden auch die Gehälter von Führungskräften der Banken und Wirtschaftsunternehmen öffentlich gemacht bzw. diskutiert. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Einkommen um ein Vielfaches höher liegen als allgemein üblich an die Menschen gezahlt wird, die Managementaufgaben, Leitungsfunktionen oder in anderer Weise Berufe von besonderer Bedeutung ausfüllen. Begründet wird dies mit der „hohen“ Verantwortung, die mit den Aufgaben verbunden seien. Die Einkommen im Bereich der Banken und großen Wirtschaftsunternehmen liegen für viele von uns außerhalb unserer Vorstellungen. Es erklärt u. a. jedoch die Zunahme von Millionären.

Professorin Margot Käßmann hat dazu in einem Text geschrieben: „Ein zentrales Problem, vor dem wir heute stehen, ist die drohende Entkopplung von Wirtschaft und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft, die sich in vielfältigen Symptomen ausdrückt. Wirtschaft scheint sich in einer eigenen Welt zu verselbständigen, die sich dem alltäglichen Begreifen entzieht.“

Aus meiner Sicht eine sehr pointierte Beschreibung der Situation.

Mir geht es dabei jedoch nicht um eine Neiddebatte oder die Höhe der Einkommen. Aber begründet werden diese Gehälter mit der hohen Verantwortung, die diese Menschen angeblich tragen, und dahinter liegt eine Wertedebatte, der wir uns stellen müssen.

Was bedeutet Verantwortung? Können wir Verantwortung überhaupt definieren. Können wir Verantwortung messen? Und bietet die Zuschreibung von Verantwortung zu einer Tätigkeit eine wirklich nachvollziehbare Grundlage über die Höhe der Einkommen.

Der Duden definiert Verantwortung folgendermaßen:

Verantwortung ist die mit einer bestimmten Aufgabe oder einer bestimmten Stellung verbundene Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht.

Soweit so gut. Dahinter können wir uns wohl alle versammeln.

Ich frage mich jedoch, ob es Unterschiede in der Übernahme von Verantwortung gibt. Und das scheint in unserer Gesellschaft aber auch in vielen anderen Staaten der Fall zu sein, wenn dafür so unterschiedliche Entgelte gezahlt werden.

Was mich daran besonders umtreibt, ist die Tatsache, dass die Verantwortung für Geld oder Wirtschaftsgüter im Unterschied zu der Verantwortung für eine Gesellschaft oder Menschen so viel höher bewertet wird.

Besonders augenfällig wird diese Differenz, wenn wir das Gehalt der Bundeskanzlerin mit dem eines Bankenchefs vergleichen. Die Bundesregierung muss sich mit den vielen Facetten der Daseinsvorsorge und den Handlungsgrundlagen für unsere Gesellschaft befassen. Eine, wie ich persönlich finde, besondere Verantwortung. Der Bankenchef trägt zugegebenermaßen mit seiner Arbeit zur wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit unseres Landes bei. Trägt er aber deshalb mehr Verantwortung als Frau Merkel?

Diese Frage werden wir heute Abend sicher auch nicht befriedigend klären können. Aber sie soll ja zunächst auch nur zur Diskussion anregen.

Die Unklarheit in der Definition von „Verantwortung“ und ihrer „eigentlichen Nicht-Messbarkeit“ trägt jedoch zu einer eklatant ungleichen Vergütung bei. Und mich beschleicht der Verdacht, dass insbesondere die Arbeit mit Menschen oder die Arbeit für unsere Gesellschaft zunehmend „weniger wertgeschätzt“ wird. Und aus der Sicht einer Feministin betrachte ich es mit Sorge, dass hier Berufszweige weniger bedeutsam werden oder sind, in denen Frauen besonders engagiert sind.

Nun möchte ich noch mal zum Beginn meiner Ausführungen zurückkehren. „Verantwortung und gerechte Verteilung des Wohlstandes in unserer Gesellschaft“ habe ich meine Tischrede überschrieben.

Die Überschrift des Zeitartikels lautete „Gerecht war gestern“.

Ich wünsche mir, dass Gerechtigkeit auch heute und für die Zukunft gelten muss.

Erklärtes Ziel aller Parteien und gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland ist es, über eine gute Bildung soziale Problemlagen zu überwinden und eine gerechte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft zu erreichen.

Dies erfordert einerseits Geld, aber auch insbesondere Menschen, die sich dieser Aufgabe intensiv widmen. In den Kindertagesstätten und den Schulen arbeiten unzählige Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und stellen sich den dort stetig wachsenden Herausforderungen.

Und hier wiederhole ich noch einmal die Definition des Dudens:

Verantwortung ist die mit einer bestimmten Aufgabe oder einer bestimmten Stellung verbundene

Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht.

Danach handelt es sich bei der Tätigkeit in Kitas und Schulen unbestritten um eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Kann die große Strategie um mehr Bildung jedoch tatsächlich funktionieren, wenn den dort tätigen Menschen nicht ausreichend Achtung entgegengebracht wird, ihre Bedeutung und „Verantwortung“ für diese Gesellschaft so wenig wertgeschätzt wird. Ist das gerecht?

Ziel der Bildungsoffensive ist es einerseits dem drohenden Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und andererseits den Kindern in unserer Gesellschaft gute Startbedingungen zu ermöglichen.

Davon sind wir jedoch noch ein ganzes Stück entfernt. Die viel beschworene Chancengleichheit, die auf die gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen setzt, muss das Ziel bleiben.

Wie eingangs beschrieben leben viele Kinder in prekären Verhältnissen. Und wir wissen noch nicht, wie ihre Lebensbiographien verlaufen werden. Die Schere zwischen arm und reich droht immer weiter auseinander zu gehen.

„Die Schwächsten sind der Maßstab für die Gerechtigkeit!“ hat Professorin Margot Käßmann mal gesagt.

Damit lenkt sie unseren Blick in die richtige Richtung. Politik, Kirche und Gesellschaft sind gefordert die Maßstäbe und Werte für unser Zusammenleben noch einmal neu zu bestimmen.